Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 102 (2005)

Heft: 4

Rubrik: NachrichtenMix

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nachdiplom Sozialrecht

Anerkennung für Fachhochschule Solothurn

Das Nachdiplomstudium Sozialrecht ist als Master of Advanced Studies in Social Law (MAS Sozialrecht) international akkreditiert worden.

Das Nachdiplom Sozialrecht der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz (FHSO) ist anhand internationaler Standards auf Herz und Nieren geprüft worden. Im Sommer 2005 wurde es von der Internationalen Akkreditierungsagentur für Studiengänge im Bereich Heilpädagogik, Pflege, Gesundheit und Soziale Arbeit e.V. (AHPGS) anerkannt. Dabei wurden die Bemühungen der FHSO um die internationale Vergleichbarkeit und die internationale Anerkennung ihres Studienangebots gewürdigt. Dies zeigt sich unter anderem in einer Vielzahl von internationalen Kooperationen und der Implementierung des Bologna-Prozesses durch die Umstellung des Studienangebots auf Bachelor- und Masterstudiengänge.

Das Ziel der Weiterqualifizierung von Professionellen der Sozialen Arbeit durch die Vermittlung von vertieften Kenntnissen des Sozialrechts und Methoden der Rechtsanwendung erschien plausibel. Besonders hervorgehoben wurde, dass die FHSO den Bedarf durch eine Nachfrageanalyse geprüft und die Studienplätze auf 24 pro Jahr festgelegt hat.

Die Studienleitung habe überzeugend dargelegt, dass die mit dem Ausbau des Sozialstaats einhergehende Verrechtlichung der Sozialen Arbeit immer höhere Anforderungen an die Professionellen im Sozialrecht und ihre juristische Methodenkompetenz stellt. Für die Notwendigkeit derartiger Studiengänge sprechen auch die Angebote in anderen europäischen Ländern.

Carlo Tschudi
Studienleiter MAS Sozialrecht, FHSO

Weitere Infos: www.sozialrecht.fhso.ch.

Asylgesetz: Probleme «an der Front»

Der Schweizerische Gemeindeverband hat sich im Rahmen der Asylgesetzrevision mit der Ausdehnung des Fürsorgestopps auf abgewiesene Asylsuchende schwer getan. Er habe sich besonders dafür eingesetzt, dass die Praxis nicht bei jenen Fällen angewendet wird, die sich seit Jahren in den Gemeinden aufhalten, schreibt der Verband in einer Mitteilung. Der Nationalrat hat in der Herbstsession jedoch anders entschieden: Tritt das neue Asylgesetz in Kraft, erhalten mehr als 10 000 ehemalige Asylsuchende, darunter auch Familien, keine Sozialhilfe mehr vom Bund. Obwohl die Kantone eine Pauschalabgeltung von 15 000 Franken erhalten, befürchtet der Gemeindeverband, dass «an der Front» vielfältige Probleme auftauchen dürften. Die kantonale Sozialdirektorenkonferenz hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Empfehlungen für Kantone und Gemeinden ausarbeitet. Der Gemeindeverband setzt sich in diesem Gremium für die Interessen der Gemeinden ein. (pd)

Zum Geburtstag viele Wünsche

Die Zeitschrift EinElternForum feiert in diesem Jahr ihren zehnten Geburtstag. Seit 1998 engagiert sich auch der Schweizerische Verband alleinerziehender Mütter und Väter (SVAMV) für das EinElternForum, was der Zeitschrift Publizität über die Kantonsgrenze hinaus verschafft hat. Zum Jubiläum fordern die Herausgebenden vom Staat die Beseitigung der spezifischen Armutsfallen für Einelternfamilien im sozialen System der Schweiz. Die Mängel bei der Festlegung und der Bevorschussung der Alimente und bei der Inkassohilfe dürften nicht weiter hingenommen werden, schreibt das Forum. Vielmehr brauche es eine wirkungsvolle Sicherung der Kinderalimente, existenzsichernde Kinderzulagen und eine familienfreundliche Erwerbsarbeitswelt. Bis heute fehle der politische Wille, diese Benachteiligungen zu beseitigen. (pd)

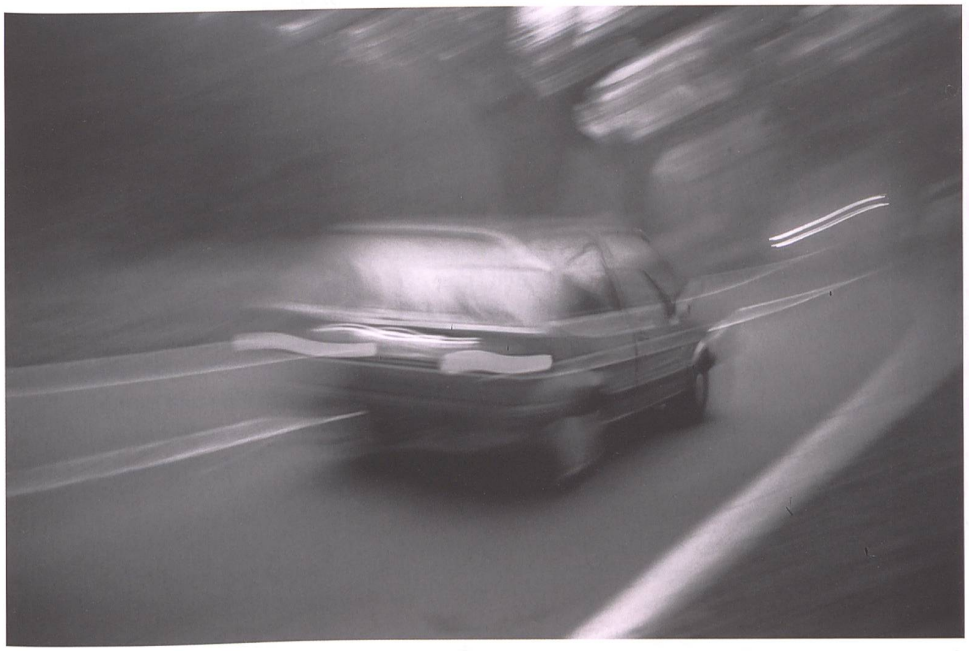
Lehrstellenmarkt bleibt angespannt

Gemäss Lehrstellenbarometer hat dieses Jahr die Zahl der angebotenen und vergebenen Lehrstellen zugenommen – und zwar um 2000 Einheiten (76 000) verglichen mit 2004. Somit tragen die Massnahmen der Kantone und die finanzielle Unterstützung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) Früchte, wie das seco in einer Mitteilung schreibt. Trotzdem ist die Zahl der Jugendlichen, die eine Anschlusslösung gefunden haben, zurückgegangen. Die Differenz zwischen Stadt und Land hat sich verschärft. In den Stadtgebieten hatten Ende August 68 Prozent (-8) eine Lehrstelle, auf dem Land hingegen 78 Prozent (-2). Zum ersten Mal untersuchte das Lehrstellenbarometer die Zahl der Lehrabbrüche im ersten Lehrjahr. Die Umfrage ergab einen schweizweiten Anteil von 8 Prozent, davon sind 6 Prozent Abbrüche und 2 Prozent Stellenwechsel. (pd)

Weitere Infos: www.bbt.admin.ch

Allianz für den Süden

Alliance Sud – so heisst ab sofort die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der sechs grossen Schweizer Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Alliance Sud ist ein Gemeinschaftsunternehmen, das sich für die Interessen des Südens – als Synonym für Entwicklungsländer und arme Transitionsländer einsetzt. Die Organisation engagiert sich für eine solidarische Schweiz und gerechte Handelsbeziehungen. Sie will die Politik der Schweiz zugunsten der armen und entrechteten Menschen dieser



Rasen als Ausdruck von Männlichkeit: Eine Kampagne hat die Schüler im Visier. Bild: Keystone

Welt mit öffentlichen Kampagnen und Lobbying beeinflussen. (pd)

Weitere Infos: www.alliancesud.ch

Krankenkassen: Schuldner schlechter gestellt

Neue Inkassopraxis: Ab Januar 2006 können die Krankenkassen ihre Leistungen bereits einstellen, wenn sie im Rahmen des Betreibungsverfahrens gegen ihr Mitglied das Fortsetzungsbegehren gestellt haben (die Pfändung verlangt haben). So will es der neue Art. 64a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Bisher konnten die Versicherer die Leistungen erst einstellen («aufschieben»), wenn aus der Betreibung gegen den Versicherten ein Verlustschein resultiert hatte und sie dies der Sozialhilfebehörde gemeldet hatten – so sah es zumindest das Gesetz vor. (pd)

Weitere Infos: www.schuldenhotline.ch

«Speed – Ist Rasen männlich?»

Es sind fast ausschliesslich Männer, die wegen extrem hoher Fahrgeschwindigkeit bestraft werden. Eine neue Präventionskampagne unter dem Motto «Speed – Ist Rasen männlich?» setzt das Thema Rasen auf den Stundenplan und will die potenziellen Raser möglichst früh ansprechen. Das Pilotprojekt wird vom Netzwerk Schulische Bubenarbeit NWSB mit Unterstützung des Fonds für Verkehrssicherheit durchgeführt. Drei Pilot-Oberstufenklassen in Basel, Bern und Zürich setzen sich mit dem Thema «Rasen und Männlichkeit» auseinander. Gesucht sind weitere 100 Oberstufen-, Berufsschul- und Gymnasialklassen, die durch jugendgerechte Projekte Alternativen zu selbst- und fremdgefährdenden Männlichkeitsvorstellungen entwickeln. (pd)

Weitere Infos: www.nwsb.ch / nwsb@gmx.net

Parlament ist gefordert

Kampf gegen schleichende Armut

Die Sozialkommission (SGK) des Nationalrats fordert einen nationalen Aktionsplan gegen die Armut.

Die Präsidentin der parlamentarischen Sozialkommission Christine Goll (SP/ZH) hat die Öffentlichkeit erneut auf die steigende Zahl armutsbetroffener Menschen in der Schweiz aufmerksam gemacht. 300 000 Menschen sind ganz oder teilweise auf Sozialhilfe angewiesen, darunter viele allein Erziehende mit Kindern. Die Kommission fordert deshalb Massnahmen zur Bekämpfung der Armut.

- Mit einer Motion wird der Bundesrat dazu aufgefordert, eine nationale Konferenz mit Fachleuten zu schaffen, die einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut erarbeitet. Eine besondere Rolle soll dabei die soziale und berufliche Integration spielen.
- Langzeitarbeitslosen und Ausgesteuerten soll ermöglicht werden, weiterhin von Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen der Arbeitslosenversicherung zu profitieren.
- Zudem fordert die SGK steuerliche und familienpolitische Massnahmen: Das Existenzminimum jeder steuerpflichtigen Person soll von der Steuer ausgenommen werden. Weiter wird eine Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des -inkassos angestrebt.
- Als letzte Massnahme drängt die Kommission auf eine Verbesserung der Statistik. Sie will den Bundesrat beauftragen, regelmässige Erhebungen über die Armutsquote, das Einkommen und die Ausgaben der ärmeren Menschen durchzuführen. Dazu soll er einen entsprechenden Finanzierungsbeschluss vorlegen. (mb/pd)